

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 50/2023

14. Dezember 2023

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sportförderrichtlinie vom 29. November 2023 .....1559

### Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für den Zeitraum August bis Oktober 2023 23-FV 5031/2/27-2023/69504 vom 30. November 2023..... 1564

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Reduzierung des Ausbreitungsrisikos der Afrikanischen Schweinepest durch Erstattung der Gebühren für die Trichinenuntersuchung bei Schwarzwild (VwV Trichinenerstattung Schwarzwild) vom 27. November 2023 .....1565

Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Bekanntmachung über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Modellvorhaben zur Zukunftsplattform der ESF Plus-Richtlinie SMS vom 30. Oktober 2023 vom 1. Dezember 2023.....1567

### Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Tierzucht vom 27. November 2023 .....1568

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen nach dem Sächsischen Ladenöffnungsgesetz über die Anerkennung der Stadt Döbeln, Gemeindeteil Döbeln (14 5 22 080 020) als Ausflugsort Gz.: 33-4121/12/11 vom 23. November 2023 .....1569

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung vom 21. November 1995 zwischen der Gemeinde Röderau und der Stadt Gröditz über die Beteiligung der Gemeinde Röderau an den Kosten des Standesamtes der Stadt Gröditz vom 21. November 2023.....1570

Aufhebungsvereinbarung zur Zweckvereinbarung .....1571

Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung vom 21. November 1995 zwischen der Gemeinde Wülknitz und der Stadt Gröditz über die Beteiligung der Gemeinde Wülknitz an den Kosten des Standesamtes der Stadt Gröditz vom 21. November 2023.....1572

Aufhebungsvereinbarung zur Zweckvereinbarung .....1573

Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Zweckvereinbarung vom 7. November 2023 zwischen der Gemeinde Röderau und der Stadt Gröditz zur Übertragung der Aufgaben des Standesamtes nach dem Personenstandsgesetz von der Gemeinde Röderau auf die Stadt Gröditz vom 21. November 2023 .....1574

Zweckvereinbarung.....1575

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Boxberg/O.L. und der Gemeinde Rietschen zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirks und dessen Finanzierung vom 8. November 2023 vom 27. November 2023 .....1577

Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben  
im Personenstandswesen und zur Bildung eines  
gemeinsamen Standesamtsbezirkes und dessen  
Finanzierung in den Gebieten der Gemeinden Riet-  
schen und Boxberg/O.L. ....1577

# Sächsisches Staatsministerium des Innern

## Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sportförderrichtlinie

Vom 29. November 2023

### I. Änderung der Sportförderrichtlinie

Die Sportförderrichtlinie vom 13. Februar 2019 (Sächs-ABI. S. 367), die zuletzt durch die Richtlinie vom 6. Juni 2023 (Sächs-ABI. S. 732) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2021 (Sächs-ABI. SDr. S. S 167), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 2 werden nach dem Wort „Talenten“ die Wörter „sowie Kadersportlerinnen“ eingefügt.
  - b) In Satz 3 wird das Wort „und Großsportveranstaltung“ durch das Wort „sowie Sportgroßveranstaltung“ ersetzt.
2. Ziffer II Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Vergabe dieser Zuwendungen richtet sich nach den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere den §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (Sächs-ABI. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (Sächs-ABI. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (Sächs-ABI. SDr. S. S 178), in der jeweils geltenden Fassung.“
3. Ziffer III wird wie folgt gefasst:

„Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.“
4. Ziffer IV wird wie folgt geändert:
  - a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) die Ausgaben des sächsischen Olympiastützpunktes, die die Kosten der Betreuung der Sportlerinnen und Sportler einschließlich Trainer- und Verwaltungspersonal, Betrieb und Unterhaltung der sportartspezifischen Trainingsstätten, trainingswissenschaftliche Maßnahmen sowie Gerätebeschaffung umfassen,“
    - bb) Nach Buchstabe a wird folgender Buchstabe b eingefügt:

„b) die Ausgaben der Sport- und Sportlehrerschulen,“
    - cc) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:

„c) die Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung im Freistaat Sachsen stattfindender offizieller nationaler und internationaler Meisterschaften sowie weiterer, national oder international bedeutsamer Sportgroßveranstaltungen, insbesondere in den olympischen, paralympischen und deaflympischen Sportarten oder Disziplingruppen,“
  - dd) In Buchstabe d werden nach dem Wort „hauptamtlichen“ die Wörter „Bundesstützpunktleiterinnen und“ eingefügt.
  - b) In Nummer 2 werden die Wörter „den Buchstaben a bis f“ durch die Wörter „Nummer 1 Buchstabe a bis f“ ersetzt.
  - c) In Nummer 3 Satz 1 werden die Wörter „den Buchstaben e und f“ durch die Wörter „Nummer 1 Buchstabe e und f“ ersetzt.
5. Ziffer V wird wie folgt geändert:
  - a) Im Satzteil vor Buchstabe a werden die Wörter „Zuwendungen können erhalten:“ durch die Wörter „Zuwendungsempfänger sind:“ ersetzt.
  - b) In Buchstabe a werden die Wörter „die Träger der im Freistaat Sachsen gelegenen Olympiastützpunkte“ durch die Wörter „der Träger des im Freistaat Sachsen gelegenen Olympiastützpunktes“ ersetzt.
  - c) Buchstabe c wird wie folgt geändert:
    - aa) In Doppelbuchstabe ee werden die Wörter „sowie deren Unternehmen in Privatrechtsform mit Sitz im Freistaat Sachsen“ gestrichen.
    - bb) Nach Doppelbuchstabe ff wird folgender Doppelbuchstabe gg eingefügt:

„gg) Unternehmen von kommunalen Gebietskörperschaften und Zweckverbänden in Privatrechtsform mit Sitz im Freistaat Sachsen,“
  - d) Buchstabe e wird wie folgt gefasst:

„Für Maßnahmen nach Ziffer IV Nummer 1 Buchstabe e darf der LSB als Erstempfänger die Zuwendungen zur Projektförderung in privatrechtlicher Form gemäß Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung weiterleiten.  
Die Letztempfänger sind:  
aa) KSB/SSB,  
bb) Landesfachverbände,  
cc) Sportvereine,  
dd) Stiftung Sporthilfe Sachsen,  
ee) Sport- und Sportlehrerschulen,  
ff) Kadersportlerinnen und Kadersportler,“
6. Ziffer VI wird wie folgt geändert:
  - a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3 Es handelt sich nicht um gewinnorientiert betriebenen professionellen Sport.“
  - b) Nummer 4 wird aufgehoben.
7. In Ziffer VII Nummer 3 werden die Wörter „nicht rückzahlbarer“ gestrichen.

## 8. Ziffer IX wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
  - aa) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:
    - „c) einen Antrag auf Genehmigung des vorzeitigen Vorhabensbeginns, soweit für Antragsteller nach Ziffer V Buchstabe c Doppelbuchstabe ee nach Nummer 1.3 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) oder für sonstige Antragsteller nach Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung erforderlich,“
  - bb) In Buchstabe f werden die Wörter „Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2338)“ durch die Wörter „Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 194)“ ersetzt.
- b) Nummer 3 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 wird das Wort „Großsportveranstaltung“ durch das Wort „Sportgroßveranstaltung“ ersetzt.
  - bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:
    - aaa) In Buchstabe a werden nach dem Wort „Maßnahme“ die Wörter „einschließlich eines Nachhaltigkeitskonzepts mit Aussagen zur Ressourceneffizienz und -schonenden Durchführung“ angefügt.
    - bbb) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:
      - „c) ein Antrag auf Genehmigung des vorzeitigen Vorhabensbeginns, soweit für Antragsteller nach Ziffer V Buchstabe c Doppelbuchstabe ee nach Nummer 1.3 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) oder für sonstige Antragsteller nach Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung erforderlich.“
    - cc) In Buchstabe g wird das Wort „Großsportveranstaltung“ durch das Wort „Sportgroßveranstaltung“ ersetzt.
  - c) Nummer 4 Buchstabe h wird wie folgt gefasst:
    - „h) ein Antrag auf Genehmigung des vorzeitigen Vorhabensbeginns, soweit für Antragsteller nach Ziffer V Buchstabe c Doppelbuchstabe ee nach Nummer 1.3 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) oder für sonstige Antragsteller nach Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung erforderlich,“
  - d) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:
    - „5 Antragsverfahren für die Förderung der Fördergegenstände nach Ziffer IV Nummer 1 Buchstabe e:
      - a) Anträge auf Förderung für Sportvereine sind im digitalen Vereinsportal des LSB entsprechend den mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern abgestimmten gültigen Projektkriterien zu stellen.
      - b) Anträge auf Projektförderung durch die sonstigen Antragsteller sind entsprechend den mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern abgestimmten gültigen Projektkriterien beim LSB einzureichen.“
  - e) Nummer 8 wird wie folgt gefasst:
    - „8 Für Auszahlungen bei Projektförderungen nach Ziffer VII Nummer 1 Satz 1 finden die Bestim-

mungen zum Regelauszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und für Zuwendungsempfänger nach Ziffer V Buchstabe c Doppelbuchstabe ee nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) Anwendung.

Für die Auszahlung für Zuwendungsempfänger nach Ziffer V Buchstabe a und c bis e findet abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Ausgenommen davon sind Zuwendungsempfänger nach Ziffer V Buchstabe c Doppelbuchstabe ee.

Für die Auszahlung bei institutionellen Förderungen findet Nummer 7.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

## 9. Ziffer X Nummer 1 wird wie folgt geändert:

- a) Buchstabe a wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 Doppelbuchstabe cc werden die Wörter „an den Olympiastützpunkten“ durch die Wörter „am Olympiastützpunkt“ ersetzt.
    - bb) Die Sätze 3 bis 5 werden aufgehoben.
  - b) In Buchstabe c Satz 1 werden nach der Angabe „5 100 Euro“ die Wörter „durch den Olympiastützpunkt mit den zugehörigen Standorten“ eingefügt.
  - c) Folgender Buchstabe d wird angefügt:
    - „d) Die Förderung des Neubaus von Hallenbädern im Rahmen von Förderungen nach Buchstabe a ist nur zulässig:
      - aa) als Ersatz für vorhandene Hallenbäder, wenn damit nachweislich eine höhere Wirtschaftlichkeit im Vergleich zur Sanierung erreicht wird oder
      - bb) aufgrund eines starken Bevölkerungswachstums, insbesondere wenn die Ausübung des Vereins- und Breitensportes nachweislich nicht mehr gewährleistet werden kann.
- Die Sanierung von Hallenbädern wird nur bei Ganzjahresbädern und bei auf Dauer genutzten Schulschwimmbädern gefördert. Die Förderung ist auf die Modernisierung veralteter Schwimmbadtechnik und auf die Beseitigung baulicher Mängel beschränkt.“

## 10. Ziffer XI wird wie folgt gefasst:

„XI.  
Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind:

- a) Sportvereine, Sportverbände sowie sonstige gemeinnützige Körperschaften des Privatrechts,
- b) Trägervereine von Sport- und Sportleiterschulen und des Olympiastützpunktes,
- c) Gemeinden, Landkreise, Kreisfreie Städte und kommunale Zweckverbände sowie
- d) Unternehmen in Privatrechtsform der in Buchstabe c genannten Körperschaften.“

## 11. Ziffer XII wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
  - „Der Bedarf für ein Vorhaben muss nachgewiesen werden. Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärung im Antragsformular. Für Maßnahmen nach Ziffer X

- Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa und nach Ziffer X Nummer 1 Buchstabe d ab einem Gesamtwertumfang von 200 000 Euro ist dieser Nachweis zusätzlich im Rahmen einer Sportstättenleit- oder Sportstättenentwicklungsplanung (Sportstättenleitplanung) zu führen.“
- b) Nummer 2 wird aufgehoben.
  - c) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2 und Satz 1 wird folgt gefasst:  
„Antragsteller nach Ziffer XI Buchstabe a, b und d haben die gesicherte Finanzierung des Vorhabens und seiner laufenden Nutzung nachzuweisen.“
  - d) Die bisherige Nummer 4 wird aufgehoben.
  - e) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 3.
  - f) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 4 und wird wie folgt gefasst:  
„4 Zuwendungen für Baumaßnahmen an Gebäuden werden nur bei besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Energieeffizienz gewährt. Die Maßnahmen müssen demnach über die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728), das durch Artikel 18a des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1237) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, hinausgehen. Bei Baudenkmälern oder sonstiger erhaltenswerter Bausubstanz soll eine erhebliche Effizienzsteigerung erreicht werden. Der Nachweis hierüber ist beim Verwendungsnachweis zu erbringen.“
  - g) Die bisherige Nummer 7 wird Nummer 5.
  - h) Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 6 und wird wie folgt gefasst:  
„6 Antragsteller, die nicht Eigentümer des Grundstücks sind, auf dem die zur Förderung beantragte Baumaßnahme durchgeführt werden soll, können Zuwendungen nur erhalten, wenn sie ein Nutzungsrecht nachweisen, dessen Dauer mindestens der Dauer der Zweckbindungsfrist entspricht und das ausreichend gesichert ist.“
  - i) Die bisherigen Nummern 9 und 10 werden die Nummern 7 und 8.
12. Ziffer XIII wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 1 Satz 1 und in Nummer 2 Satz 1 werden jeweils die Wörter „nicht rückzahlbarer“ gestrichen.
  - b) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:  
„3 Investitionsvorhaben des Olympiastützpunktes mit den zugehörigen Standorten werden von Bund, Land und Kommune als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung oder Festbetragsfinanzierung als Zuschuss gefördert. Die Finanzierungsanteile von Bund und Land werden je nach Einzelfall vereinbart. Der Landesanteil beträgt in der Regel 30 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Für Investitionsvorhaben des Olympiastützpunktes mit den zugehörigen Standorten, die vom Bund nicht in die Förderplanung aufgenommen worden sind, kann zur Sicherstellung deren Umsetzung befristet im Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2027 im Rahmen des Sonderprogramms des organisierten Wintersports der beantragte Bundesanteil ausschließlich durch Landesmittel in Höhe des regelmäßigen Fördersatzes übernommen werden. Unter Berücksichtigung aller Finanzierungsanteile soll ein Mindesteigenanteil von 10 Prozent nicht unterschritten werden.“
  - c) Nummer 4 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 wird der siebte Anstrich wie folgt gefasst:  
„Kostengruppe 700 – Baunebenkosten außer Kostengruppen 713 – Projektsteuerung – für Antragsteller gemäß Ziffer XI Buchstabe c und d und 750 – Künstlerische Leistungen.“
    - bb) Satz 2 wird aufgehoben.
  - d) Nummer 5 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 2 werden die Wörter „über 200 000 Euro“ durch die Wörter „ab einem Gesamtwertumfang von 200 000 Euro“ ersetzt.
    - bb) In Satz 3 werden die Wörter „Artikel 14 des Gesetzes vom 11. Juli 2019 (BGBl. I S. 1066) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit § 1 der Zweiten Mindestlohnanpassungsverordnung vom 13. November 2018 (BGBl. I S. 1876)“ durch die Wörter „Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 172) geändert worden ist“ ersetzt.
13. Ziffer XIV wird wie folgt gefasst:
- a) Nummer 1 wird aufgehoben.
  - b) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 1 und in Satz 2 wird die Angabe „15 Prozent“ durch die Angabe „10 Prozent“ ersetzt.
  - c) Die folgenden Nummern 2 und 3 werden angefügt:  
„2 Bei Maßnahmen nach Ziffer X Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc wird abweichend für Antragsteller nach Ziffer XI Buchstabe a, b und d von Nummer 4.2.6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie für Antragsteller nach Ziffer XI Buchstabe c von Nummer 4.2.6 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) eine Zweckbindung von 20 Jahren bei mit Bundesmitteln geförderten Sportstätten festgelegt.  
3 Beteiligung der fachlich zuständigen technischen staatlichen Verwaltung  
Eine Beteiligung der fachlich zuständigen technischen staatlichen Verwaltung ist für Maßnahmen nach Ziffer X Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc
    - a) für Antragsteller nach Ziffer XI Buchstabe a, b und d abweichend von Nummer 6.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und
    - b) für Antragsteller nach Ziffer XI Buchstabe c abweichend von Nummer 6.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) erforderlich.“
14. Ziffer XV wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:  
„1 Antragseinreichung  
Anträge auf Förderung von Vorhaben am Olympiastützpunkt, an Stätten des Leistungssports sowie an Sport- und Sportlerschulen sind beim Staatsministerium des Innern einzureichen.  
Anträge nach Ziffer X Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa sind bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – elektronisch unter [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) einzureichen.  
Für die Antragseinreichung bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – sind die unter [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) abrufbaren Formblätter zu verwenden. Anträge für die Beschaffung von Großsportgeräten gemäß Ziffer X Nummer 1 Buchstabe c sind

- beim Sächsischen Staatsministerium des Innern einzureichen.“
- b) Nummer 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:  
„Anträge von Antragstellern gemäß Ziffer XI Buchstabe a und b für Maßnahmen unter einem Gesamtwertumfang von 200 000 Euro und Anträge für Großsportgeräte gemäß Ziffer X Nummer 1 Buchstabe c können auch im laufenden Haushaltsjahr gestellt werden.“
- c) Nummer 3 wird wie folgt geändert:  
aa) In Buchstabe b wird die Angabe „bis zu 200 000 Euro“ durch die Angabe „unter 200 000 Euro“ ersetzt.  
bb) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:  
„c) für Maßnahmen mit einem Gesamtwertumfang ab 200 000 Euro einen Nachweis zum Bedarf in Form eines maßnahmenbezogenen Auszugs aus der Sportstättenleitplanung oder einer Eigenerklärung, dass das Vorhaben in der aktuellen kommunalen Sportstättenplanung enthalten ist,“  
cc) Buchstabe j wird wie folgt gefasst:  
„j) bei Förderanträgen von Antragstellern nach Ziffer XI Buchstabe a einen Auszug aus dem Vereinsregister und eine Gemeinnützigkeitsbescheinigung,“  
dd) Buchstabe k wird wie folgt gefasst:  
„k) Nachweise gemäß Ziffer XII Nummer 2.“  
ee) Der Satz „Anträgen zur Förderung von Hallenbädern sind die Ergebnisse von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und einer Standort- und Konkurrenzanalyse gemäß der Anlage beizufügen.“ wird durch die Sätze „Anträgen zur Förderung von Hallenbädern sind die Ergebnisse von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und einer Standort- und Konkurrenzanalyse beizufügen. Ziel der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist es, anhand der vom Antragsteller vorgelegten Daten Ertragslage, Liquidität und Vermögenssituation der Bäder einschätzen zu können. Die Untersuchung sollte (sofern es sich um keine Neubaumaßnahme handelt) auf einer vergangenheitsorientierten Untersuchung von Ist-Daten basieren und anhand dieses Datengerüsts die zu erwartenden Folgekosten bewerten. Das gesamte Datenmaterial ist einem unabhängigen Gutachter zur Prüfung und Stellungnahme vorzulegen. Die Kosten dafür hat der Antragsteller zu erbringen. Untersuchungsgegenstand der Standort- und Konkurrenzanalyse sind alle Angaben zur Nutzungsstruktur öffentlicher Bäder im Umkreis von 50 km – auch in benachbarten Bundesländern und Staaten – sowie die gutachterlich bewerteten Auswirkungen von Fördermaßnahmen auf diese Einrichtung.“ ersetzt.  
ff) Die Wörter „Anträgen auf Förderung der Anschaffung von Großsportgeräten sind folgende Unterlagen beizufügen:“ werden durch die Wörter „Anträgen auf Förderung für die Beschaffung von Großsportgeräten gemäß Ziffer X Nummer 1 Buchstabe c sind folgende Unterlagen beizufügen.“ ersetzt.
- d) Nummer 4 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:  
„a) Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist zuständig für die Bewilligung von Zuwendungen für Maßnahmen nach Ziffer X Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa. Sie entscheidet auf Grund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der vom Staatsministerium des Innern zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nach Bestätigung der Prioritätensetzung durch das Staatsministerium des Innern. Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – erarbeitet in Abstimmung mit dem LSB eine Prioritätenliste der zur Förderung beantragten Maßnahmen. Bei der Prioritätensetzung haben Vorhaben mit angemessener Beteiligung Dritter Vorrang. Darüber hinaus erfolgen Bewertungen zur Bedeutung der Sportstätte und deren partizipierender Nutzerinnen und Nutzer und es werden soziale und ökologische Aspekte beurteilt. Befristet bis zum 31. Dezember 2027 erfolgt für Wintersportarten im Rahmen des Sonderprogramms des organisierten Wintersports eine abweichende Prioritätensetzung. Die Prioritätenliste ist dem Staatsministerium des Innern bis zum 15. Dezember des der Gewährung von Zuwendungen vorausgehenden Jahres zur Bestätigung vorzulegen. Für Anträge von Antragstellern gemäß Ziffer XI Buchstabe a auf Förderung von Maßnahmen mit einem Gesamtwertumfang unter 200 000 Euro sind die aktualisierten Prioritätenlisten jeweils zum 15. April, 15. Juli und 15. Oktober des Förderjahres zur Bestätigung vorzulegen.“
- e) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:  
„5 Auszahlungsverfahren  
Für Bewilligungen bis zum 31. Dezember 2024 findet für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe c abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) sowie für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe d abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt wird. Für Bewilligungen ab dem 1. Januar 2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe c das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) und für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe d das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Für die Auszahlung an Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe a und b findet abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“
15. In Ziffer XVII Nummer 3 wird die Angabe „31. Dezember 2020“ durch die Angabe „31. Dezember 2024“ ersetzt.
16. Die Anlage wird aufgehoben.

**II.  
Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung  
in Kraft.

Dresden, den 29. November 2023

Der Staatsminister des Innern  
Armin Schuster

# Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

## Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für den Zeitraum August bis Oktober 2023

**23-FV 5031/2/27-2023/69504**

**Vom 30. November 2023**

Das Aufkommen an Umsatzsteuer  
betrug in Deutschland im Zeitraum  
August bis Oktober 2023 54 313 790 152 Euro,

das Aufkommen an Einfuhrumsatz-  
steuer betrug im selben Zeitraum in  
Deutschland 18 776 855 765 Euro.

Vom Gesamtaufkommen der Steuern  
vom Umsatz in Höhe von 73 090 645 917 Euro

erhalten die Gemeinden gemäß § 1  
Absatz 1 des Finanzausgleichsgeset-  
zes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I  
S. 3955, 3956), das zuletzt durch Arti-  
kel 1 des Gesetzes vom 13. November  
2023 (BGBl. I S. 310) geändert worden  
ist, einen Anteil von 1,99594395 Pro-  
zent – das sind 1 458 848 325 Euro.

Davon entfallen gemäß § 5a Absatz 3  
des Gemeindefinanzreformgesetzes  
in der Fassung der Bekanntmachung  
vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502),  
das zuletzt durch Artikel 4 des Geset-  
zes vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I  
S. 2142) geändert worden ist, in  
Verbindung mit § 1 der Umsatzsteu-  
erschlüsselzahlenfestsetzungsver-  
ordnung vom 21. September 2020  
(BGBl. I S. 2018) 4,2224573 Prozent  
auf die Gemeinden des Freistaates  
Sachsen

61 599 248 Euro.

Hinzu kommt gemäß § 1 Absatz 2 des  
Finanzausgleichsgesetzes ein Be-  
trag in Höhe von 2 400 Mio. Euro im  
Jahr 2023 für die Gemeinden, der den  
Betrag nach Absatz 1 verändert – das  
sind für die Gemeinden des Freistaa-  
tes Sachsen im Zeitraum August bis  
Oktober 2023

25 334 744 Euro.

Damit ergibt sich ein auszahlender  
Gesamtbetrag von

86 933 991 Euro.

Dresden, den 30. November 2023

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen  
Sebastian Hecht  
Amtschef



# **Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Reduzierung des Ausbreitungsrisikos der Afrikanischen Schweinepest durch Erstattung der Gebühren für die Trichinenuntersuchung bei Schwarzwild (VwV Trichinenerstattung Schwarzwild)**

**Vom 27. November 2023**

Zur Reduzierung der hohen Wildschweinbestände und des damit verbundenen Verbreitungsrisikos in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest (ASP) erlässt das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt nachfolgende Verwaltungsvorschrift:

### **I.**

#### **Kostenübernahme der Verwaltungsgebühr „Trichinenuntersuchung Schwarzwild“**

Jagdausübungsberechtigte und zugelassene Wildbearbeitungsbetriebe im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55, L 226 vom 25.6.2004, S. 22), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/2258 vom 9. September 2022 (ABl. L 299 vom 18.11.2022, S. 5) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sind gemäß Artikel 31 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung einheitlicher praktischer Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen in Bezug auf für den menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission in Bezug auf amtliche Kontrollen (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/2503 vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 58) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, verpflichtet, Schwarzwild auf Trichinen untersuchen zu lassen.

Für Jagdausübungsberechtigte außerhalb des Geltungsbereiches der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 ergibt sich die Verpflichtung zur Trichinenuntersuchung von Schwarzwild aus § 2b Absatz 1 beziehungsweise § 4 Absatz 2 der Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2018 (BGBl. I S. 480 (619)), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. Januar 2021 (BGBl. I S. 47) geändert worden ist, in Verbindung mit § 6 der Tierische Lebensmittel-Überwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 2018 (BGBl. I S. 1358), die durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1480) geändert worden ist.

Die Untersuchung erfolgt durch die Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter der Landkreise und Kreisfreien Städte als Pflichtaufgabe nach Weisung gemäß den Vorgaben der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1375

der Kommission vom 10. August 2015 mit spezifischen Vorschriften für die amtlichen Fleischuntersuchungen auf Trichinen (ABl. L 212 vom 11.8.2015, S. 7), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2023/2156 vom 17. Oktober 2023 (ABl. L 2023/2156 vom 18.10.2023) geändert worden ist.

Die Landkreise und Kreisfreien Städte erheben für die Trichinenuntersuchung bei Schwarzwild eine Gebühr auf Grundlage des Verwaltungskostengesetzes des Freistaates Sachsen vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), in Verbindung mit der laufenden Nummer 65 der Tarifstelle 3.15 des Zehnten Sächsischen Kostenverzeichnisses vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. März 2023 (SächsGVBl. S. 74) geändert worden ist, und der jeweiligen Gebührenverzeichnisse/-regelungen.

Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt übernimmt aus übergeordneten Gründen der Seuchenprophylaxe und Seuchenbekämpfung die bei den sächsischen Landkreisen und Kreisfreien Städten anfallenden Verwaltungsgebühren für die Trichinenuntersuchung bei Schwarzwild. Der Erstattungsumfang richtet sich nach dem für die Trichinenuntersuchung Schwarzwild geltenden Verwaltungskostenrecht in entsprechender Anwendung.

Die Übernahme der Kosten der Landkreise/Kreisfreien Städte für die Trichinenuntersuchungen bei Schwarzwild durch das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist zeitlich befristet für Trichinenuntersuchungen bei Schwarzwild, die bis einschließlich 31. Dezember 2025 durchgeführt werden.

Das Verfahren für die Abrechnung der Kosten der durchgeführten Amtshandlungen zur Trichinenuntersuchung Schwarzwild richtet sich nach den Regelungen unter Ziffer II dieser Verwaltungsvorschrift.

### **II.**

#### **Abrechnungsverfahren der Verwaltungskosten Trichinenuntersuchung Schwarzwild**

Die Landkreise und Kreisfreien Städte rechnen die Verwaltungsgebühren für die durchgeführten Trichinenuntersuchungen bei Schwarzwild gegenüber dem Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt halbjährlich jeweils zum Stichtag 31. März und 30. September eines Jahres ab. Die Abrechnungen sind bis spätestens

zwei Monate nach dem jeweiligen Stichtag einzureichen, für das Jahr 2025 spätestens bis zum 28. Februar 2026 (Ausschlussfristen).

Die Landkreise und Kreisfreien Städte weisen durch formgebundene dienstliche Erklärung und Belege bei der Abrechnung Kostengrund und -höhe nach. Auch die sachliche und rechnerische Richtigkeit in Bezug auf die durchgeführte Amtshandlung ist zu erklären. Prüfrechte des Sächsischen Rechnungshofes nach Teil V der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des

Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, bleiben unberührt.

### **III. Inkrafttreten und Gültigkeitsdauer der Verwaltungsvorschrift**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2024 in Kraft. Mit Ablauf des 31. Dezember 2025 tritt die Verwaltungsvorschrift außer Kraft.

Dresden, den 27. November 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Petra Köpping

**Berichtigung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
zur Bekanntmachung über einen Aufruf zur Interessenbekundung  
zur Förderung von Modellvorhaben zur Zukunftsplattform  
der ESF Plus-Richtlinie SMS vom 30. Oktober 2023**

**Vom 1. Dezember 2023**

Die Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Modellvorhaben zur Zukunftsplattform der ESF Plus-

Richtlinie SMS vom 30. Oktober 2023 (SächsABl. S. 1479) wird wie folgt berichtigt:

In Nummer 7 Buchstabe c Satz 1 wird die Angabe „2023“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.

Dresden, den 1. Dezember 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
In Vertretung des Abteilungsleiters  
Dr. Anke Schröder  
Referatsleiterin

# **Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft**

## **Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Tierzucht**

**Vom 27. November 2023**

### **I. Änderung der Förderrichtlinie TZ/2023**

Die Förderrichtlinie Tierzucht vom 27. Juni 2023 (Sächs-ABl. S. 931) wird wie folgt geändert:

Teil 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1.3 Buchstabe a Spiegelstrich 2 wird gestrichen.
- b) Nummer 1.3 Buchstabe a Spiegelstrich 3 und 4 werden zu Spiegelstrich 2 und 3 neu.
- c) In Nummer 1.3 Buchstabe a Spiegelstrich 2 neu wird die Angabe „Verordnung (EU) 2022/2046 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (ABl. L 275 vom 25.10.2022, S. 55)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023 (ABl. L vom 5.10.2023, S. 1)“ ersetzt.
- d) In Nummer 1.3 Buchstabe a Spiegelstrich 3 neu wird die Angabe „Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023 (ABl. L vom 5.10.2023, S. 1)“ ersetzt.
- e) Nummer 1.3 Buchstabe b Spiegelstrich 1 wird wie folgt neu gefasst:

„– Zuwendungen nach Nummer 2 Buchstaben a (Zuchtbuchführung), b (Leistungsprüfungen) und d (Gesundheit und Robustheit) werden nach Maßgabe und Einhaltung der Voraussetzungen des Artikels 27 der Agrarfreistellungsverordnung, die Zuwendungen nach Buchstabe c (Veranstaltung von Zuchttierschauen) nach Artikel 24 der Agrarfreistellungsverordnung und die Zuwendungen nach Nummer 2 Buchstabe e (gefährdete Nutztierassen) nach Artikel 30 der Agrarfreistellungsverordnung gewährt,“

- f) Nummer 1.3 Buchstabe b Spiegelstrich 2 wird gestrichen.
- g) In Nummer 1.3 Buchstabe d werden die Wörter „Rahmenregelung sowie der“ gestrichen.
- h) In Nummer 1.3 Buchstabe e werden die Wörter „des Agrarrahmens beziehungsweise“ gestrichen.
- i) Nummer 6.2 Buchstabe d wird gestrichen.

### **II. Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 27. November 2023

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Wolfram Günther

**Landesdirektion Sachsen**  
**Bekanntmachung**  
**der Landesdirektion Sachsen**  
**nach dem Sächsischen Ladenöffnungsgesetz**  
**über die Anerkennung der Stadt Döbeln,**  
**Gemeindeteil Döbeln (14 5 22 080 020) als Ausflugsort**

**Gz.: 33-4121/12/11**

**Vom 23. November 2023**

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 30. August 2023 (Az. 33-4121/12/11) auf Grundlage des § 7 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 3 des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes vom 1. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 338) das zuletzt durch das Gesetz vom 5. November 2020 (SächsGVBl. S. 589) geändert worden ist, wie folgt entschieden:

Die Stadt Döbeln/Sachsen, Gemeindeteil Döbeln, Schlüsselnummer 14 5 22 080 020 wird als Ausflugsort nach § 7 Absatz 3 des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes anerkannt.

Gemäß § 7 Absatz 3 Satz 4 des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes wird die Anerkennung als Ausflugsort im Sächsischen Amtsblatt bekannt gemacht.

Die Entscheidung und Begründung kann bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, Raum 246, bis 5. Januar 2024 in den Dienststunden Montag und Mittwoch von 9 Uhr bis 12 Uhr sowie von 13 Uhr bis 15 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 9 Uhr bis

12 Uhr sowie von 13 Uhr bis 18 Uhr, Freitag von 9 Uhr bis 12 Uhr kostenlos eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Bescheid der Landesdirektion Sachsen kann innerhalb eines Monats nach dessen Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Str. 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustr. 2, 04107 Leipzig eingelegt werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes ersetzt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Die Anerkennung gilt zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt als bekannt gegeben.

Chemnitz, den 23. November 2023

Landesdirektion Sachsen  
Hirndorf  
Abteilungsleiterin 3

## **Andere Behörden und Körperschaften**

### **Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung vom 21. November 1995 zwischen der Gemeinde Röderaue und der Stadt Gröditz über die Beteiligung der Gemeinde Röderaue an den Kosten des Standesamtes der Stadt Gröditz**

**Vom 21. November 2023**

Das Landratsamt Meißen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 21. November 2023 (Aktenzeichen: 77077/2023) die Aufhebung der Zweckvereinbarung vom 21. November 1995 zwischen der Gemeinde Röderaue und der Stadt Gröditz über die Beteiligung der Gemeinde Röderaue an den Kosten des Standesamtes der Stadt Grö-

ditz gemäß § 72 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, genehmigt.

Meißen, den 21. November 2023

Landratsamt Meißen  
Ralf Hänsel  
Landrat

## Aufhebungsvereinbarung zur Zweckvereinbarung

zwischen der Stadt Gröditz

Reppiser Str. 10

01609 Gröditz

vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Enrico Münch  
(beauftragte Stadt)

und der Gemeinde Röderaue

Radener Straße 2

01609 Röderaue

vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Bernd Schuster  
(beauftragende Gemeinde)

standteil derer ist u. a. der Übergang von Weisungsaufgaben  
auf die erfüllende Gemeinde.

Die erfüllende Gemeinde zeigte diese geänderten Umstände nicht an. Die beteiligte Gemeinde (Wülknitz) bat nun um Aufhebung der mit ihr geschlossenen Vereinbarung, da die Weisungsaufgaben durch die erfüllende Gemeinde (Röderaue) realisiert und durch die beteiligte Gemeinde an diese refinanziert werden.

Aus diesen Gründen wird die Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Röderaue aufgehoben und eine überarbeitete Zweckvereinbarung geschlossen.

### § 1 Aufhebung

Die Zweckvereinbarung über die Beteiligung der Gemeinde Röderaue an den Kosten des Standesamtes Gröditz vom 21. November 1995 wird aufgehoben.

### § 2 Gründe der Aufhebung

Die Stadt Gröditz schloss mit den Gemeinden Röderaue und Wülknitz am 21. November 1995 je eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung standesamtlicher Aufgaben ab.

Am 26. Oktober 1999 schlossen die Gemeinden Wülknitz und Röderaue miteinander eine Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft. Be-

### § 6 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit dieser Zweckvereinbarung insgesamt nicht berührt. Unwirksame Bestimmungen sind im Sinne des Vereinbarungszwecks umzudeuten oder zu ergänzen. Das Gleiche gilt, wenn sich eine reglungsbedürftige Lücke herausstellt.

### § 7 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Vereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Gröditz, den 07. November 2023

Enrico Münch  
Bürgermeister Stadt Gröditz

Röderaue, den 07. November 2023

Bernd Schuster  
Bürgermeister Gemeinde Röderaue

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Meißen  
über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung  
vom 21. November 1995 zwischen der Gemeinde Wülknitz und  
der Stadt Gröditz über die Beteiligung der Gemeinde Wülknitz  
an den Kosten des Standesamtes der Stadt Gröditz**

**Vom 21. November 2023**

Das Landratsamt Meißen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 21. November 2023 (Aktenzeichen: 77075/2023) die Aufhebung der Zweckvereinbarung vom 21. November 1995 zwischen der Gemeinde Wülknitz und der Stadt Gröditz über die Beteiligung der Gemeinde Wülknitz an den Kosten des Standesamtes der Stadt

Gröditz gemäß § 72 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, genehmigt.

Meißen, den 21. November 2023

Landratsamt Meißen  
Ralf Hänsel  
Landrat



## Aufhebungsvereinbarung zur Zweckvereinbarung

zwischen der  
Stadt Gröditz  
Reppiser Str. 10  
01609 Gröditz  
vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Enrico Münch  
(beauftragte Stadt)

und der  
Gemeinde Wülknitz  
Bahnhofstraße 21  
01609 Wülknitz  
vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Rico Weser  
(beauftragende Gemeinde)

standteil derer ist u. a. der Übergang von Weisungsaufgaben auf die erfüllende Gemeinde.

Die erfüllende Gemeinde zeigte diese geänderten Umstände nicht an. Die beteiligte Gemeinde (Wülknitz) bat nun um Aufhebung der mit ihr geschlossenen Vereinbarung, da die Weisungsaufgaben durch die erfüllende Gemeinde (Röderaue) realisiert und durch die beteiligte Gemeinde an diese refinanziert werden.

Aus diesen Gründen wird die Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Wülknitz aufgehoben und eine überarbeitete Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Röderaue geschlossen.

### § 1 Aufhebung

Die Zweckvereinbarung über die Beteiligung der Gemeinde Wülknitz an den Kosten des Standesamtes Gröditz vom 21. November 1995 wird aufgehoben.

### § 2 Gründe der Aufhebung

Die Stadt Gröditz schloss mit den Gemeinden Röderaue und Wülknitz am 21. November 1995 je eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung standesamtlicher Aufgaben ab.

Am 26. Oktober 1999 schlossen die Gemeinden Wülknitz und Röderaue miteinander eine Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft. Be-

### § 6 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit dieser Zweckvereinbarung insgesamt nicht berührt. Unwirksame Bestimmungen sind im Sinne des Vereinbarungszwecks umzudeuten oder zu ergänzen. Das Gleiche gilt, wenn sich eine reglungsbedürftige Lücke herausstellt.

### § 7 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Vereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Gröditz, den 07. November 2023

Enrico Münch  
Bürgermeister Stadt Gröditz

Wülknitz, den 07. November 2023

Rico Weser  
Bürgermeister Gemeinde Wülknitz

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Meißen  
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung vom  
7. November 2023 zwischen der Gemeinde Röderaue  
und der Stadt Gröditz zur Übertragung der Aufgaben  
des Standesamtes nach dem Personenstandsgesetz  
von der Gemeinde Röderaue auf die Stadt Gröditz**

**Vom 21. November 2023**

Das Landratsamt Meißen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 21. November 2023 (Aktenzeichen: 77075/2023) die Zweckvereinbarung vom 7. November 2023 zwischen der Gemeinde Röderaue und der Stadt Gröditz zur Übertragung der Aufgaben des Standesamtes nach dem Personenstandsgesetz von der Gemeinde

Röderaue auf die Stadt Gröditz gemäß § 72 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, genehmigt.

Meißen, den 21. November 2023

Landratsamt Meißen  
Ralf Hänsel  
Landrat

## Zweckvereinbarung

zwischen der  
Stadt Gröditz  
Reppiser Str. 10  
01609 Gröditz  
vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Enrico Münch  
(beauftragte Stadt)

und der  
Gemeinde Röderaue  
Radener Straße 2  
01609 Röderaue  
vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Bernd Schuster  
(beauftragende Gemeinde)

### Präambel

Die Stadt Gröditz schloss mit den Gemeinden Röderaue und Wülknitz am 21. November 1995 je eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung standesamtlicher Aufgaben ab.

Am 26. Oktober 1999 schlossen die Gemeinden Wülknitz und Röderaue miteinander eine Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft. Bestandteil derer ist u. a. der Übergang von Weisungsaufgaben auf die erfüllende Gemeinde.

Die erfüllende Gemeinde zeigte diese geänderten Umstände nicht an. Die beteiligte Gemeinde (Wülknitz) bat nun um Aufhebung der mit ihr geschlossenen Vereinbarung, da die Weisungsaufgaben durch die erfüllende Gemeinde (Röderaue) realisiert und durch die beteiligte Gemeinde an diese refinanziert werden.

Aus o. g. Gründen und auf der Grundlage der §§ 1 und 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (SächsAGPStG) vom 11. Dezember 2008 (SächsGVl. S. 938), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 9 des Gesetzes vom 05. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) sowie der §§ 1, 2 Abs. 1, 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) wird folgende Zweckvereinbarung geschlossen:

### § 1

#### Übertragung der Aufgaben auf die beauftragte Stadt

(1) Die Gemeinden Röderaue und Wülknitz bilden mit der Stadt Gröditz einen gemeinsamen Standesamtsbezirk gem. § 2 SächsAGPStG.

(2) Auf die beauftragte Stadt gehen gemäß § 71, 72 Abs. 2 Satz 1 SächsKomZG die der beteiligten Gemeinde nach § 1 Personenstandsgesetz (PStG) in der jeweils gültigen Fassung übertragenen Aufgaben des Standesamtes über.

### § 2

#### Rechte und Pflichten

(1) Die beauftragte Stadt ist berechtigt, die mit den übertragenen Aufgaben verbundenen Erklärungen Dritten gegenüber abzugeben.

(2) Die beauftragende Gemeinde stellte der beauftragten Stadt die in Ihrem Besitz befindlichen Personenstandsunterlagen (Personenstandsbücher, Personenregister, Sammelakten, weitere standesamtliche Unterlagen) zur Übernahme der Aufgaben des Personenstandswesens zur Verfügung.

### § 3

#### Kostenregelung

(1) Das Standesamt der beauftragten Stadt erhebt Gebühren und Auslagen entsprechend der jeweiligen gesetzlichen Maßgaben und beantragt die für die Aufgabenerfüllung möglichen Zuweisungen und Fördermittel bei Bund, Land und Landkreis. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung anfallende Gebühren stehen der beauftragten Stadt zu.

(2) Soweit die jährlichen Erträge des Standesamtes zur Deckung der Personal-, Sach- und Gemeinkosten des Standesamtes nicht ausreichen, wird der Differenzbetrag von den Vereinbarungspartnern jeweils anteilig entsprechend der Verteilungsregel in Absatz 3 getragen.

(3) Die nach Absatz 2 verbleibenden Kosten werden nach Maßstab der jeweiligen Einwohnerzahlen des Vorjahres entsprechend § 125 der Sächsischen Gemeindeordnung auf die Vereinbarungspartner verteilt. Die Einwohner der Gemeinde Wülknitz werden bei der Berechnung zu denen der Gemeinde Röderaue hinzugerechnet, um die gesamte Verwaltungsgemeinschaft bei der finanziellen Beteiligung zu berücksichtigen.

(4) Bei der Kostenermittlung sind folgende Grundlagen anzuwenden:

- Personalkosten: Tatsächliche Arbeitgeberbruttokosten (inkl. Lohnnebenkosten) der dem übertragenen Aufgabenkreis zugeordneten Beschäftigten – ggf. anteilige Berücksichtigung,
- Sachkosten: Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes entsprechend jeweils aktuellem KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ (derzeit 9.700 Euro je Büroarbeitsplatz aus Bericht Nr. 11/2022) – ggf. anteilige Berücksichtigung,
- Gemeinkostenzuschlag: 20 % der Personalkosten (entsprechend KGSt-Bericht Nr. 11/2022),
- Sachkosten der Trauzimmer: Jährliche Kostenpauschale in Höhe von 10.000 EUR.

(5) Die Abrechnung erfolgt jährlich durch die beauftragte Stadt jeweils bis zum 30.06. des folgenden Jahres. Der Abrechnung ist eine Auflistung der Kosten und Erträge für das abgerechnete Jahr beizufügen. Der Kostenerstattungsbeitrag ist innerhalb von vier Wochen durch die beauftragende Gemeinde zu begleichen.

(6) Die Vereinbarungspartner erklären übereinstimmend, für mindestens drei Jahre ab Vereinbarungsschluss von Nach- und Neuverhandlungen der in den Absätzen 1 bis 5 vereinbarten Finanzierungsmodalitäten abzusehen, soweit rechtliche Verpflichtungen oder Einwendungen von Aufsichts- oder Prüfbehörden dem nicht entgegenstehen.

### § 4

#### Geltungsdauer

(1) Diese Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Im Falle einer Änderung der für diese Zweckvereinbarung wesentlichen gesetzlichen Vorschriften steht es den Vertragspartnern frei, über die Anpassung des Vertragsinhaltes an die geänderten Gesetzlichkeiten neu zu verhandeln.

(3) Eine Kündigung dieser Zweckvereinbarung ist nur mit einer Kündigungsfrist von 12 Monaten zum Jahresende möglich und erfordert die Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

#### **§ 5**

##### **Schriftformerfordernis**

(1) Ergänzungen bzw. Änderungen dieser Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform.

(2) Diese Zweckvereinbarung sowie deren Änderung bedürfen der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und soweit es die Bildung, Änderung oder Auflösung eines Standesamtsbezirks betrifft auch die der oberen Fachaufsichtsbehörde.

(3) Bei Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung, die nicht im gegenseitigen Einvernehmen ausgeräumt werden kön-

nen, ist die Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

#### **§ 6**

##### **Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit dieser Zweckvereinbarung insgesamt nicht berührt, wenn anzunehmen ist, dass die Beteiligten die Zweckvereinbarung auch ohne die unwirksame Regelung geschlossen hätten. Unwirksame Bestimmungen sind im Sinne des Vereinbarungszwecks umzudeuten oder zu ergänzen. Das Gleiche gilt, wenn sich eine regelungsbedürftige Lücke herausstellt.

#### **§ 7**

##### **Inkrafttreten**

Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Vereinbarung im Sächsischen Amtsblatt zum 01.01.2024 in Kraft.

Gröditz, den 07. November 2023

Enrico Münch  
Bürgermeister Stadt Gröditz

Röderaue, den 07. November 2023

Bernd Schuster  
Bürgermeister Gemeinde Röderaue

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Görlitz  
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen  
der Gemeinde Boxberg/O.L. und der Gemeinde Rietschen  
zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum  
Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirks  
und dessen Finanzierung vom 8. November 2023**

**Vom 27. November 2023**

Das Landratsamt Görlitz hat mit Bescheid vom 24. November 2023 die Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Boxberg/O.L. und der Gemeinde Rietschen zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirks vom 8. November 2023 auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, rechtsaufsichtlich genehmigt.

Gemäß § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 4 und § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wird hiermit die Genehmigung und die Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Boxberg/O.L. und der Gemeinde Rietschen zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirks und dessen Finanzierung vom 8. November 2023 bekannt gemacht.

Görlitz, den 27. November 2023

Landratsamt Görlitz  
Dr. Stephan Meyer  
Landrat

**Zweckvereinbarung  
zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen  
und zur Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes  
und dessen Finanzierung in den Gebieten der  
Gemeinden Rietschen und Boxberg/O.L.**

Zwischen der Gemeinde Rietschen  
vertreten durch den Bürgermeister Ralf Brehmer  
Forsthausweg 2, 02956 Rietschen

und der Gemeinde Boxberg/O.L.  
vertreten durch den Bürgermeister Hendryk Balko  
Südstraße 4, 02943 Boxberg/O.L.

wird auf Grundlage von §§ 71 Abs. 1 und 72 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist) und § 2 Abs. 1 und 2 Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (SächsAGPStG) vom 11. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 938), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, vereinbart:

**§ 1  
Aufgabenübertragung**

Der Gemeinde Boxberg/ O.L. werden die Aufgaben nach § 1 Personenstandsgesetz und § 1 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes in den jeweils gültigen Fassungen von der Gemeinde Rietschen zur Erfüllung übertragen.

**§ 2  
Bildung eines gemeinsamen  
Standesamtsbezirks Boxberg/ O.L.**

(1) Der Standesamtsbezirk der Gemeinde Rietschen wird mit Ablauf des 31.12.2023 aufgelöst.

(2) Der Standesamtsbezirk der Gemeinde Boxberg/O.L. wird zum 01.01.2024 um das Gebiet des bisherigen Standesamtsbezirkes Rietschen erweitert.

### § 3 Sitz und Rechtsnachfolge

(1) Der Sitz des Standesamtes ist die Gemeinde Boxberg/O.L..

(2) Die Gemeinde Boxberg/O.L. ist Rechtsnachfolgerin des Standesamtsbezirks Rietschen. Sie nimmt damit die Aufgaben nach dem Personenstandswesen im eigenen Namen wahr und ist sachlich und örtlich zuständige Behörde.

### § 4 Rechte und Pflichten

(1) Die Gemeinde Boxberg/O.L. ist berechtigt, die mit den übertragenen Aufgaben verbundenen Erklärungen Dritten gegenüber abzugeben.

(2) Die Gemeinde Rietschen stellt der Gemeinde Boxberg/O.L. die in ihrem Besitz befindlichen Personenstandsunterlagen (Personenstandsbücher, Personenregister, Sammelakten, weitere standesamtliche Unterlagen) zur Übernahme der Aufgaben des Personenstandswesens mit Inkrafttreten dieser Zweckvereinbarung zur Verfügung.

(3) Die Gemeinde Rietschen stellt dem Standesamt der Gemeinde Boxberg/O.L. den Eheschließungsraum der Gemeinde Rietschen unentgeltlich zur Verfügung.

(4) Die jeweils amtierende Bürgermeisterin beziehungsweise der jeweils amtierende Bürgermeister der Gemeinde Rietschen wird durch die Gemeinde Boxberg/O.L. zum Eheschließungsstandesbeamten nach § 1 Abs. 3 SächsPStVO bestellt, wenn die dafür geforderten Voraussetzungen vorliegen. Dafür erforderliche Schulungskosten trägt die Gemeinde Rietschen selbst. Die oder der Eheschließungsstandesbeamte der Gemeinde Rietschen wird Trauungen im Bereich des ehemaligen Standesamtsbezirkes Rietschen vornehmen.

### § 5 Kostenregelung

(1) Das Standesamt Boxberg/O.L. erhebt Gebühren und Auslagen entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Maßgaben und beantragt die für die Aufgabenerfüllung möglichen Zuweisungen und Fördermittel. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung anfallende Gebühren und Auslagen stehen der Gemeinde Boxberg/O.L. zu.

(2) Die Gemeinde Boxberg/O.L. legt zur Deckung der Personal- und Sachkosten des Standesamtes diese gegenüber der Gemeinde Rietschen um. Auf die Umlage von Gemeinkosten wird verzichtet.

(3) Die nach Absatz 2 verbleibenden Kosten werden folgendermaßen auf die Vereinbarungspartner verteilt:

- Personalkosten: anteilige Berücksichtigung von 8 Wochenstunden nach jeweils geltendem Tarifvertrag für die Gemeinde Rietschen,
- Sachkosten: hälftige Berücksichtigung für beide Gemeinden.

(4) Bei der Kostenermittlung sind folgende Grundlagen anzuwenden:

- Personalkosten: tatsächliche Arbeitgeberbruttokosten (inkl. Lohnnebenkosten wie LOV und Jahressonderzahlung) der dem übertragenen Aufgabenkreis zugeordneten Beschäftigten – anteilige Berücksichtigung von

8 Wochenstunden nach jeweils geltendem Tarifvertrag für die Gemeinde Rietschen,

- Sachkosten: Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes (Software, Fachliteratur, Fortbildungen, Reisekosten).

(5) Die Abrechnung erfolgt jährlich durch die Gemeinde Boxberg/O.L. jeweils bis zum 31.03. des folgenden Jahres. Der Abrechnung ist eine Auflistung der Kosten für das abgerechnete Jahr beizufügen. Der Kostenerstattungsbetrag ist innerhalb von 4 Wochen durch die Gemeinde Rietschen zu begleichen.

(6) Abweichend von Absatz 2 bis 5 beträgt der Kostenerstattungsbetrag für das Jahr 2023 13.791,61 € laut Angebot vom 15.09.2023. Der Kostenerstattungsbetrag ist bis zum 30.04.2024 durch die Gemeinde Rietschen zu begleichen.

(7) Die Vereinbarungspartner erklären übereinstimmend, für mindestens 3 Jahre ab Vereinbarungsschluss von Nach- und Neuverhandlungen der in den Absätzen 1 bis 5 vereinbarten Finanzierungsmodalitäten abzusehen, soweit rechtliche Verpflichtungen oder Einwendungen von Aufsichts- oder Prüfbehörden dem nicht entgegenstehen.

### § 6 Dauer der Zweckvereinbarung

(1) Diese Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Im Falle einer Änderung der für diese Zweckvereinbarung wesentlichen gesetzlichen Vorschriften steht es den Vertragspartnern frei, über die Anpassung des Vertragsinhaltes an die geänderten Gesetzmäßigkeiten neu zu verhandeln.

(3) Diese Zweckvereinbarung sowie deren Änderung bedürfen der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde (§ 72 Abs. 1 Satz 3 SächsKomZG). Soweit die Bildung, Änderung oder Auflösung eines Standesamtsbezirks geregelt wird, ist auch die Zustimmung der oberen Fachaufsichtsbehörde erforderlich (§ 2 Abs. 2 Satz 2 SächsAGPStG) und eine Voraussetzung für die Genehmigung.

(4) Eine Kündigung dieser Zweckvereinbarung ist nur mit einer Frist von 12 Monaten zum Jahresende möglich. Die Aufhebung der Zweckvereinbarung oder das Ausscheiden einzelner Beteiligter bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde (§ 72 Abs. 3 Satz 1 und 3 SächsKomZG).

### § 7 Schlussbestimmung und salvatorische Klausel

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt.

(2) An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommen, die die Parteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

(3) Sämtliche Änderungen, Ergänzungen oder Nebenabreden dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

(4) Bei Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung, die nicht im gegenseitigen Einvernehmen ausgeräumt werden können, wird die Rechtsaufsichtsbehörde um ihre Einschätzung gebeten mit dem Ziel, die bestehende Uneinigkeit auszuräumen.

## **§ 8 Inkrafttreten**

Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Vereinbarung im Sächsischen Amtsblatt zum 01.01.2024 in Kraft.

Rietschen, 08.11.2023

Ralf Brehmer  
Bürgermeister Gemeinde Rietschen

Boxberg/O.L., 08.11.2023

Hendryk Balko  
Bürgermeister Gemeinde Boxberg/O.L.

---

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

### **Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

### **Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

### **Redaktionsschluss:**

7. Dezember 2023

### **Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 9,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 